

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: http://www.gruene.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

XXIV.GP.-NR
Nr. 100 /Pet.
06. Juni 2011

Wien, 1. Juni 2011

Betreff: Petition der Gemeinde Behamberg betreffend NEIN zu einem
Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Gemeinde
Behamberg betreffend NEIN zu einem Atommüllendlager in Grenznähe zu
Österreich mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

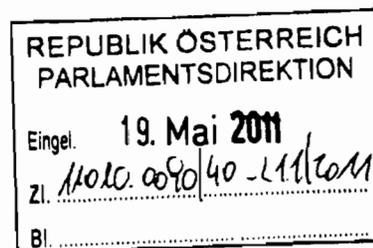
Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pirkhuber

**gemeinde behamberg**

4441 Behamberg 30 | Verwaltungsbezirk Amstetten

An das
Österreichische Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

**Resolution an das Österreichische Parlament und an die Bundesregierung****NEIN zu einem Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich**

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist, plant die tschechische Republik die Errichtung eines Atommüllendlagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus dem Kernkraftwerken Temelin und Dukovany in Grenznähe zu Österreich. Die möglichen Standorte für so ein Atommüllendlager liegen nur 30 bis 50 km von der österreichischen Grenze entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotenzial für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären das Wald- und Mühlviertel.

Da es aus heutiger Sicht keinerlei Ansatzpunkte für rechtliche Schritte Österreichs zur Verhinderung der Realisierung eines möglichen Atommüllendlagers an grenznahen Standorten in Tschechien gibt, muss Österreich alle Möglichkeiten auf diplomatischem Weg nutzen, damit ausgeschlossen werden kann, dass in Grenznähe zu Österreich ein Atommüllendlager errichtet wird. Konkrete Ansatzpunkte für Lage, Art und Umfang wären zwar erst im Zuge des grenzüberschreitenden UVP-Verfahren vorhanden, mit dem allerdings frühestens kurz vor dem geplanten Baubeginn gerechnet werden kann.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit der tschechischen Republik (siehe „Melker Abkommen“) ist es aus heutiger Sicht unbedingt erforderlich, alle politischen und diplomatischen Schritte auszuschöpfen, die zur Verhinderung dieses Atommüllendlagers führen können.

Im Interesse der Bevölkerung und der nachfolgenden Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehender Kraft gegen die Errichtung eines Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich zur Wehr zu setzen.



Antrag:

Der Gemeinderat der Gemeinde Behamberg hat in seiner Sitzung am 12. Mai 2011 folgende Resolution einstimmig beschlossen:

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Behamberg spricht sich entschieden gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in Grenznähe zu Österreich aus.
2. Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich zu verhindern.
3. Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, in politische Verhandlungen mit der tschechischen Regierung die österreichischen Interessen zu wahren und um klarzustellen, dass ein Atommüllendlager nahe der österreichischen Grenze seitens Österreichs strikt abgelehnt wird und
4. gleichzeitig auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Problematik der Atommüllendlager bzw. Atommüllentsorgung endlich einer Lösung zugeführt wird.

Behamberg, am 12. Mai 2011

Für den Gemeinderat
Der Bürgermeister




Mag. Karl Josef Stegh

